

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

TOP 47**Sylvia Eisenberg:****Nichts Neues im Bericht zur „Kooperation von Jugendhilfe und Schule“**

Unser herzlicher Dank geht an die vielen engagierten und ehrenamtlichen Kräfte, die sich, nicht erst seit Beginn der rot-grünen Regierung und auch nicht erst seit der Erfindung der so genannten Offenen Ganztagschule, bemüht haben und auch weiterhin bemühen, den Kindern und Jugendlichen auch am Nachmittag Beschäftigung und Betätigung anzubieten, soziale Fähigkeiten und Teamgeist zu fördern, Orientierung zu geben, kreative Fähigkeiten und Ausdrucksmöglichkeiten zu entwickeln. Ich erinnere dabei vor allen Dingen auch an die im Bericht aufgeführten Leistungen der Jugendfeuerwehren, der Landesarbeitsgemeinschaften „Tanz“, „Jugend und Film“ und „Rhythmische Erziehung“, aber auch an die vielen Sportvereine im Land und die Aktivitäten der Sportjugend. Sie alle stehen einerseits für Betreuung, aber andererseits auch für die Förderung von Persönlichkeitsbildung, Sozialkompetenz, Verantwortungsbereitschaft. Das ist weder eine Leistung des Bildungsministeriums noch eine Leistung des Ministeriums für Justiz und Familie, sondern allein die Leistung der entsprechenden Organisationen mit ihren im Wesentlichen ehrenamtlichen Helfern. Mit dem Thema des Berichtes „Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ haben diese lobenswerten Aktivitäten der Vereine und Arbeitsgemeinschaften allerdings nichts, aber auch gar nichts zu tun. Inwiefern diese Aktivitäten von seiten der Landesregierung nicht nur ideell unterstützt, sondern auch tatsächlich finanziell gefördert werden - danach suchen wir im Bericht vergeblich.

Unser Dank gilt auch den vielfach ehrenamtlich arbeitenden Kräften, die sich im Bereich der Offenen Ganztagschulen betätigen oder betätigen werden. Ganztagsangebote gab es allerdings bereits vor Einführung der Offenen Ganztagschulen, entstanden aus der Erkenntnis von Lehrern und kommunalen Vertretern, Kindern und Jugendlichen zu helfen und sie von der so genannten Straße fern zu halten.

So lange es sich aber um freiwillige Angebote handelt - und das gilt besonders für die so hoch gelobte Offene Ganztagschule - werden die Kinder und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten, die es eigentlich nötig haben, zum großen Teil nicht erreicht, das bestätigen alle Erfahrungen zum jetzigen Zeitpunkt. Wie viele Kinder

und Jugendliche tatsächlich durch freiwillige Angebote erreicht werden, das suchen wir in diesem Bericht ebenfalls vergeblich.

Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe ist notwendig, das gilt sowohl für die Verzahnung von Kitas mit der Grundschule, für Inselprojekte, für Nachmittagsangebote in vielfältiger Form, aber auch für die Verzahnung von Schule und Berufsausbildung zur Herstellung der Ausbildungsfähigkeit unter Einbeziehung der Unternehmen, wie die Projekte Heikoo oder Hoppla es andeuten (Heiligenhafen und Schleswig). So sinnvoll diese Projekte sind, es bleiben doch Einzelprojekte ohne verbindlichen Charakter. Das hilft uns nicht weiter. Von einem Ministerium erwarte ich auch eine Evaluierung dieser Projekte unter dem Gesichtspunkt der möglichen Übertragung auf andere Schulen. Sonst werden wir im Versuchsstadium stecken bleiben und nicht weiter kommen.

Wenn Sie die Schulen als Lebens- und Lernort ausgestalten wollen und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten wollen, müssen Ganztagsangebote verlässlich strukturiert sein, die inhaltliche Ausgestaltung und die Finanzierung fest stehen. Es ist Aufgabe des Landes, gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Und daran mangelt es. Mit Leitfäden, Empfehlungen oder so genannten Kooperationsvereinbarungen ist das nicht getan. In diesem Bericht erscheint die Landesregierung nur als großer Koordinator, während die Schulträger die Projekte finanzieren und die Schulen sowie die ehrenamtlichen Vereine und Verbände diese organisieren - alles freiwillig und abhängig vom Engagement und den finanziellen Möglichkeiten vor Ort. Das kann es nicht gewesen sein.

Wenn die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe notwendig ist, dann ist es auch notwendig, diese Bereiche in einem Ministerium zu konzentrieren, wie es bereits im Kindertagesstättenbereich geschehen ist. Das Nebeneinander zwischen der „Informations- und Servicestelle Jugendhilfe und Schule“, angesiedelt im Landesjugendamt im MJF und der schulischen Erziehungshilfe, angesiedelt beim Landeskoordinator im Bildungsministerium, in Verbindung mit den Koordinatoren in jedem Schulamt der Kreise und kreisfreien Städte führt meines Erachtens zu Reibungsverlusten und langen Verwaltungswegen. Eine Konzentration der Aufgaben und der finanziellen Mittel in einem Ministerium schafft kurze Wege und ist für die Durchführung der Maßnahmen vor Ort besser geeignet.

Der Bericht umfasst 55 Seiten, aber er bringt nichts Neues. Schade!